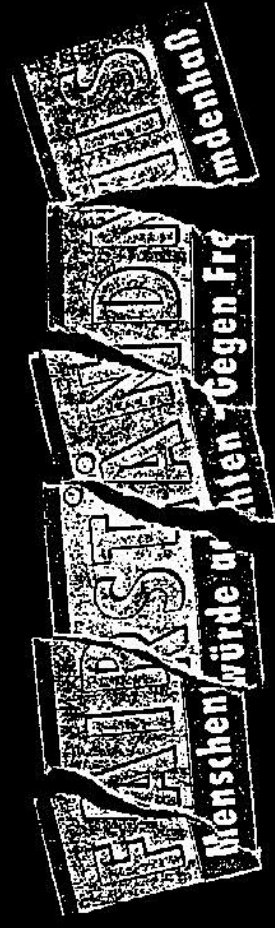


A timeless land.
Where government
still acts free.
Where some Nazis do
what others
only dream about.

Licht-Blicke!
Licht-Blicke!
Licht-Blicke!

sieht mensch nur

im Dunkel



Einleuchtende Anmerkungen der JungdemokratInnen
zur Kampagne der Innenminister von Bund und
Ländern und der allseits grassierenden "Freund-
lichkeit"

EIN DRAMA
IN 4 AKTEN

Vorspruch

Manch einem/r mögen diese Zeilen böse oder zynisch vorkommen. Dem ist nicht so. Die Zustände in diesem Land sind zynisch und böse.

NIEMAND MAG NAZIS. NA UND ?

Das Thema ist out. Die Pogromwelle ist aus den Medien verschwunden, der nationale Konsens ist klar. Nazis, so heißt es, sind fehlgeleitet und schaden Deutschland. Und außerdem ist das "Ausländerproblem" bei CDUSPDFDP besser aufgehoben.

"Doch sollte nicht in jeder ausländerkritischen Haltung - auch wenn sie engagiert getragen wird - eine rassistisch motivierte Ausländerfeindlichkeit erblickt werden. Es gibt viele Spielarten von Ausländerfeindlichkeit. Nur rassistisch motivierte Ausländerfeindlichkeit ist rechtsextremistisch."

Hans Jürgen Doll, Regierungsdirektor beim Bundesamt für Verfassungsschutz in: Texte zur Inneren Sicherheit: Rechtsextremismus in Deutschland, Nov.'90

Recht hat der Mann! Denn die 'nicht rassistisch motivierte AusländerInnenfeindlichkeit' ist bei uns Staatsdoktrin. Und die kann doch gar nicht "rechtsextremistisch" sein.

Alle sind gegen "Fremdenfeindlichkeit". Die CSU und die SPD, BILD und taz, die Arbeitgeber und der DGB, die Kirchen sowieso. Die Innenminister von Bund und Ländern haben sogar eine Kampagne gestartet: **"Licht-Blicke! Fairständnis: Menschenwürde achten - gegen Fremdenhaß"** heißt sie. Nach Gerüchten will Kanther in Zukunft bei jeder 1000. Abschiebung persönlich dabei sein, um Blumen, Pralinen und die besten Wünsche der Bundesregierung für

den Abgeschobenen zu überbringen.

EXKURS

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Alle Welt wettet gegen die "Fremdenfeindlichkeit" der Nazis. Und hat da völlig recht: So pauschal Fremde nicht zu mögen, gehört sich nicht. Schließlich sind AusländerInnen auch Menschen, wissen gute DemokratInnen. Die Sortierung der Welt in InländerInnen und AusländerInnen ist ihnen so selbstverständlich, daß ihnen das böse Wort "Rassismus" gar nicht einfällt. Aber uns! Rassismus steckt hinter dem Lob der "arbeitsamen, herzlichen TürkInnen", die 'unser' Wirtschaftswunder möglich gemacht haben. Und weil das mit "Fremdenfeindlichkeit" nicht gemeint ist, schenken wir uns diesen Begriff und reden von Rassismus.

Im Anzeigentext der Kampagne der obersten Abschieber heißt es: "Immer mehr Bürger demonstrieren gegen den Fremdenhaß, den Rechtsextremisten schüren. Das sind Licht-Blicke, die Täter und Hintermänner ins Abseits stellen." Das ist gleich doppelt wahr: 1) Weil sich diese Demos nur gegen den "Fremdenhaß, den Rechtsextremisten schüren" wenden, nicht aber gegen den etablierten Rassismus und 2) Weil die Nazis in Abseits gestellt werden, damit sie keine/r mehr sieht. Schon jetzt sehen viele Leute vor lauter Lichterketten, Sportläufen und Konzerten gegen Gewalt die Wirklichkeit nicht mehr. Der Terror geht munter weiter: 250 bis 300 Anschläge pro Monat'.

EXKURS

Extremisten, Radikale und so Zeug

Im Jargon des Verfassungsschutzes sind Nazis und Umfeld "Rechtsextremisten". Auf der anderen Seite gibt es "Linksextremisten", was SozialistInnen, KommunistInnen und AnarchistInnen jeder Ausrichtung meint. Wir benutzen ganz bewußt keinen dieser Ausdrücke. Der Begriff "Extremismus" geht von einer imaginären "demokratischen Mitte" aus, von der die anderen politischen Richtungen aus bewertet werden. Er setzt alle GegnerInnen von freedom & democracy hiesigen Zuschnitts gleich, egal warum sie von der real existierenden BRD nicht allzuviel halten. Und ob Leuten dieser Staat nicht rassistisch genug ist oder ob sie den staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus bekämpfen, macht für uns durchaus einen Unterschied. Für den Verfassungsschutz nicht. Auch dem Begriff "Rechtsradikale" können wir nichts abgewinnen. Die 'Lösungsvorschläge' der Nazis gehen eben nicht an die Wurzeln, sondern sind falsche Lösungen nicht-existenter Probleme. Radikal sind wir, weil wir an die Wurzeln des Faschismus gehen wollen. Um sie auszusrupfen, versteht sich.

Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs, an der sich mittlerweile keine/r mehr stößt. Hinter dem tagtäglichen staatlichen und nicht-staatlichen Rassismus steckt mehr. Auf diese dunklen Hintergründe einen Licht-Blick zu werfen, ist Aufgabe dieser Broschüre.

DA WAR DOCH WAS...

Viele tun so, als ob plötzlich und unerwartet die Nazis aufgetaucht seien. Aber das stimmt nicht. Seit Ende der 70er Jahre

werden die Nazis nicht nur immer mehr, sondern auch dreister, brutaler und jünger. Gegeben hat es sie und ihre Ansichten die ganze Zeit. In Ost und West.

1949 erreichten knallrechte Parteien 1,4 Mio. Stimmen (5,8%), 1953 sogar 2,8 Mio. Stimmen (10,3%) bei der Bundestagswahl². Die damals stramm deutschnationale FDP fuhr noch mal 2,6 Mio bzw. 2,8 Mio Stimmen ein. Die offen faschistische SRP saß bis zu ihrem Verbot in mehreren Landtagen, z.B. in der Bremischen Bürgerschaft mit acht Sitzen. In den 60er Jahren saßen in fast allen Länderparlamenten National'demokraten', 1969 verpaßte die NPD mit 4,3% den Einzug in den Bundestag. 1979 ergab die SINUS-Studie, daß "13% aller Wähler in der Bundesrepublik über ein geschlossen rechtsextremes Weltbild [verfügen]."³ Alles nicht so neu. Eine Republik, die schon immer genug "Republikaner" hatte. Das macht die Sache übrigens weder besser, noch harmloser.

Im ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden war der Faschismus mit seinen Wurzeln so ausgerottet, daß die ehemaligen Nazis sogar ihre eigene Blockpartei hatten: Die NDPD.

Auch das Asylrecht hat so seine Vorgeschichte. 1949 wurde es - aus durchaus unterschiedlichen Gründen - eingeführt. Einer dieser Gründe waren die Erfahrungen aus der Nazi-Zeit, als Tausende im Ausland Zuflucht gefunden hatten. Einige aber eben auch nicht.

"Ich glaube man sollte da vorsichtig sein mit dem Versuch, dieses Asylrecht einzuschränken und seine Gewährung von unserer eigenen Sympathie oder Antipathie und von der politischen Gesinnung dessen abhängig zu machen, der zu uns kommt. (...) eine solche Regelung wäre in meinen Augen das Ende des Prinzips des Asylrechts überhaupt. Entweder wir gewähren Asylrecht (...) oder wir schaffen es ab."

Abg. Wagner (SPD) in den Beratungen des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates über das Asylrecht (19.6.1949, 44.S.)

Bereits 1980 erklärte Bundesinnenminister Baum (FDP), gegen den "massenhaften Mißbrauch des Asylrechts" müsse mal etwas getan werden. Als 1983 Kopf-ab-Zimmermann Innenminister wurde, hagelte es erst mal ein paar Verschärfungen.

Für "Gastarbeiter" Rückkehrförderung, für Asylbewerber schärfere Gangart - das war das Konzept. Doch erst 1986 entdeckte die Union die "Asylantenflut" als Wahlkampfthema. Weil zwischen Tschernobyl und Bundestagswahl irgend was passieren mußte, drückte die Union kräftig auf die Tube. Doch die SPD nahm ihr den deutschnationalen Wind aus den Segeln: Sie ließ sich von der SED das Ende des visumfreien Zugangs von Ost nach Westberlin schenken. Der "antiimperialistische Schutzwall" war zwar eine Schandmauer - aber für AsylbewerberInnen konnte er gar nicht hoch genug sein. Darin waren sich SPD, CDU, CSU und FDP völlig einig, wie auch in einigen Verschärfungen, "Beschleunigungsgesetzen" und anderen Nettigkeiten mehr.

Das war eine Zeit! Als deutsche Historiker entdeckten, daß Hitler nur eine harmlose Nachahmung von Stalin war. Als ARD und ZDF zum Sendeschluß die Nationalhymne als akustisches Abschaltsignal einführten. Als Kanzler Kohl und US-Präsident

Reagan tief betroffen über den Bitburger Friedhof stapften und nebenbei auch SS-Schergen als Kriegssopfer ehrten.

So richtig heiß wurde dieses Thema wieder, als im September 1990 die ersten aus dem schwarz-rot-goldenen Fahnentau mel zu erwachen drohten. Die Segnungen der Marktwirtschaft begannen sich in der DDR bemerkbar zu machen: Massenentlassungen, Stilllegung von Betrieben und Verarmung. Da drehten Medien und Regierung voll auf - mit Erfolg. Gegen die Asylanten war sich das einig Vaterland völlig einig.

EXKURS

Was die Zonis noch lernen müssen

Nach dem Ende der SED-Herrschaft machten die meisten Osis in Nationalismus. Denn als Deutsche, so meinten sie, hätten sie ein natürliches Anrecht auf einen hohen Lebensstandard. Die AusländerInnen sollten die Wessis mal schnell rausschmeißen - jetzt stünden ja genug deutsche Arbeitskräfte zur Verfügung.

Dieser Zahn muß den Zonis - jetzt wo die Wahl gewonnen und das Beste verteilt ist - gezogen werden: Wegen erwiesenen Deutschseins viele D-Mark haben wollen - wo gibt's denn so was?

Da ist sich Lohnsklave (West) mit seinem großdeutschen Ausbeuter völlig einig: Die sollen erst einmal arbeiten lernen.

Mit dieser Sorte InländerInnenfeindlichkeit liegt er nicht ganz falsch: Die westdeutschen NormalbürgerInnen haben in 40 Jahren Frieden und Freiheit gelernt, wer am Ende die Zeche zahlen muß. Nicht die Unternehmen. Da haben die Brüder und Schwestern noch Verständnisprobleme.

ROSTOCK: AUSSCHREITUNGEN...

Eine völlig überlaufene ZAST⁴ für AsylbewerberInnen, keine Toiletten und sanitären Anlagen und Behörden, die trotz Beschwerden nicht reagieren. Das mußte ja knallen.

Nein, nein die AsylbewerberInnen haben nicht entnervt die umliegenden Wohnungen gestürmt. Die RostockerInnen rüsteten sich zum Pogrom, weil sie mit der Situation überfordert waren. Das Mitleid der Medien war ihnen sicher. Ob die AsylbewerberInnen mit der Situation überfordert waren, interessierte keine Sau.

Geschulte Nazi-Kader übernahmen es, der Randalie junger Einheimischer die richtige Richtung zu geben. Der Beifall der Volksgenossen verstummte erst, als die eigenen Trabbis in Flammen aufgingen. Autos anzünden - da hört der Spaß auf!

Der Kommentar des Bundesinnenministers (nicht nur) zu Rostock:

"Seiters gab an, daß keine zentrale Steuerung durch rechtsradikale Organisationen oder Vereinigungen festgestellt worden sei. Es habe sich meist um spontane und örtliche Täter gehandelt"

(Innenpolitik Nr. II/93, S. 11)

Daß die Pogrome vorher in Szene-Zeitungen bekannt war, stört da nicht. Solange die Nazis beim Abfackeln nicht brav ihre Mitgliedsbücher hochhalten, solange wird das Innenministerium weiter am Märchen des spontanen Nachahmungstäters festhalten.

...BEI DENEN DER STAAT EINSCHREITEN MUß...

Natürlich waren alle sturz betroffen. Auch die, die bisher immer noch ein bißchen Öl ins Feuer gegossen hatten. Nein, das hatte so doch keine/r gewollt. Wo war eigentlich die Polizei, die BürgerInnen daran zu hindern, praktische Schlußfolgerungen aus der offiziellen Hetze zu ziehen?

Die hatte ihre Abmachungen mit den "Rädelsführern" und hielt es nicht für nötig, die Haut deutscher Polizisten für ein paar VietnamesInnen zu riskieren. Das hat der Untersuchungsausschuß des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile ans Licht gebracht.

Das fanden viele dann schlimm. Nicht, weil die Polizei augenscheinlich einen deutlichen Unterschied zwischen Deutschen und AusländerInnen macht. Nicht, weil hier ein Pogrom veranstaltet wurde. Nein, weil das "staatliche Gewaltmonopol" angetastet wurde. Gewalt ist nämlich Sache des Staates. Und das fuchst Regierung, SPD und Medien viel mehr als die Mordlust der anwesenden RostockerInnen samt ihres Jungsturms: Das hier einfach irgendwelche Leute selber definieren wollen, was Recht ist und was nicht. Das Abmurksen von AusländerInnen überläßt ein demokratischer Rechtsstaat nun mal den Behörden des jeweiligen Landes nach erfolgter Abschiebung.

Wenn sich BürgerInnen erdreisten, sich da einzumischen, muß der Staat handeln.

... UND ZWAR GEGEN DIE OPFER!

Die Lehre aus Rostock: Jetzt muß das Asylrecht geändert werden. Den Nazis das Wasser abgraben, in dem mensch ihnen Recht gibt - hört sich nach einer erfolgversprechenden Stra-

ategie an. Wenn keine AsylbewerberInnen mehr da sind, können die Nazis ihnen auch nichts tun. Ist doch ein Gebot der Menschlichkeit die AsylbewerberInnen vor den Brandanschlägen zu schützen. Und wie ginge das besser, als wenn mensch sie erst gar nicht mehr ins Land läßt? Logisch! Und so wird jeder der mehreren hundert Brandanschläge in den nächsten Monaten ein weiteres Argument dafür, etwas gegen die AsylbewerberInnen zu tun. Schuld an der Fremdenfeindlichkeit sind die Fremden. Klar. Wer auch sonst?

EXKURS

Noch ein paar Opfer des neuen Deutschlands

Es sind - das sollte nicht vergessen werden - nicht nur die Menschen mit dem "falschen" Paß, die Opfer des faschistischen Terrors werden. Auch Homosexuelle, Behinderte, Obdachlose, PunkerInnen (und natürlich Linke) kriegen handfest zu spüren, daß diese tapferen deutschen Mannen am liebsten an Schwächeren ihren Frust austoben. Übrigens alles Gruppen, die auch die offizielle staatliche Politik nicht besonders schätzt. Tja, das gesunde Volksempfinden geht eben mit diesem Staat konform. Oder umgekehrt.

MÖLLN: DIE REGIERUNG IST SAUER...

Drei Türkinnen sind tot. Jetzt wird die Bundesregierung ernsthaft sauer: Die Bundesanwaltschaft ermittelt, drei Nazi-Parteien werden verboten, härtere Gangart gegen den Rechts-Extremismus wird angekündigt. Mölln ist der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt. Was auch soviel heißt: Gegen das vollgefüllte Faß war nicht allzuviel einzuwenden. Aber dieser Tropfen war zuviel. Bisher fand die Regierung die Pogromwelle zwar nicht so richtig in Ordnung, hatte aber

schon Verständnis. Denn das Asylrecht ändern/abschaffen wollte sie ja auch. Die Brandanschläge waren gut, um der SPD 'einzuheizen'. Sich von der Gewalt zu distanzieren, dabei aber das Anliegen gutzuheißen: Das war die Strategie der Bundesregierung. Bis Mölln. Denn hier hatten sich die Nazis an Menschen vergriffen, die der Staat durchaus im Lande haben will. Rechnet einem/r doch jeder angebliche Ausländerfreund vor, wie brav, arbeitsam, kassenfüllend und dringend notwendig vor allem die TürkInnen für das westdeutsche Wirtschaftswunder sind. (Ohne angesichts dieser unverschämten "Komplimente" als Rassist bezeichnet zu werden). Im Gegensatz zu den AsylbewerberInnen, die die Bundesregierung in erster Linie als überflüssigen Kostenfaktor ansieht. Bei diesem pauschalen Rassismus, der sich auch an Leuten vergreift, die staatlicherseits noch nicht zum Abschluß freigegeben sind, ist Schicht. Wenn plötzlich alle Menschen, die keinen deutschen Paß in der Tasche haben oder zumindest so aussehen, Angst um ihr Leben haben müssen, wird es schädlich. Denn das werden weder die amerikanischen TouristInnen noch die japanischen Investoren noch der ausländische Markt des Exportmeisters BRD honorieren. Eine deutsche Regierung kann tatenlos zusehen, wie Asylbewerberheime angezündet werden. Wenn das deutsche Image und damit die Bilanz in Gefahr gerät, ist Handeln angesagt. Und zwar 1.) Klar Schiff mit den Nazis und 2.) Das Asylrecht so ändern, daß auch Schönhuber, Frey und andere zufrieden sind.

...UND WIR SIND BETROFFEN

Die neue Parole der Bundesregierung nimmt die brave, demokratische Bevölkerung auf und stärkt der Obrigkeit den Rück-

ken: Mit der Kerze in der Hand für das deutsche Vaterland. Denn das in unserem Land Leute umgebracht werden - schlimm! Ganz deutlich rufen alle Lichterketten: Die klammheimliche Kumpanei mit den Nazis ist vorbei. Die schweigende Mehrheit gibt bekannt: Bis hierher gut, jetzt muß Schluß sein. Alle sind gegen die Brandstifter - keineswegs aber gegen die Abschieber. Und natürlich kommt jetzt auch die kritisch-selbstzerknirschte Frage "Wie konnte das geschehen?". Der Ruf nach Konzepten, wie "wir" die Jugendlichen von der Straße bekommen, ist groß.

EXKURS

Skins in Istanbul

Da haben sich ein paar Menschenfreunde etwas Feines ausgedacht: Skinheads aus Hoyerswerda und Rostock, sollen mit türkischen Jugendlichen in die Türkei fahren. Da sollen die Skins dann Land und Leute kennenlernen und ihre Vorurteile abbauen. Bei dieser tollen Belohnung für rassistische Gesinnung stellt sich der Lernerfolg auch ein: "Gegen Türken", so einer der Jung-Nazis, "habe ick gar nix mehr. Aber gegen die Asylanten, die einfach kommen und alles haben wollen". Gelungene Umerziehung zum Durchschnittsrassisten, der auch in jeder demokratischen Partei seine politische Heimat finden könnte. Wir werden nicht mehr schweigen, wenn in Zukunft Dummköpfe "Nazis raus" rufen. Das führt doch nur zu Pauschalreisen für Skins.

NAZIS MÖGEN KEINE AUSLÄNDERINNEN...

Soweit ist die Sache mittlerweile klar. Und nun geht natürlich die Ursachenforschung los. Vorurteile sind das, also falsche Annahmen über Menschen,

sozusagen ein Kommunikationsproblem. Come together!

Diese Vorurteile haben sie, weil nicht genügend SozialarbeiterInnen sie mit Tischtennis und Laubsägearbeiten vom Menschen anzünden abgehalten haben. Die armen Häschen! So diskutiert die Gesellschaft Menschen an ihren Rand, die aus ihrer Mitte kommen. Der Brandstiftung ist die Fortsetzung der Bonner AusländerInnenpolitik mit anderen Mitteln.

Aus irgendwelchen Gründen sind die Nazis nicht nur der Ansicht, daß dieses Land für "die Deutschen" da ist und das es schon ein Vorzug ist, zu diesem tollen Volk zu gehören. Das geht auch für die meisten aufrechten Demokraten klar. Auch der Spruch "Deutsche zuerst" ist für den Großteil der Christ-, Frei- und SozialdemokratInnen kein größeres Problem. Haarig wird die Sache dadurch, daß die Nazis einfach nicht differenzieren können: Sie fühlen sich vom französischen Touristen, australischen Investor und der türkischen Gastarbeiterin genauso überfremdet, wie vom Asylbewerber aus Ghana und dem Soldaten aus der GUS.

... CDUSPDFDP SIEHT DAS DIFFERENZIERTER.

Auf die Vorhaltung der Nazis: "Ausländer schaden uns" und antworten die Etablierten ganz entschlossen: "Die Ausländer, die uns nützen, schaden uns nicht". Und darum "Ja" zu den 'GastarbeiterInnen', die bekanntermaßen mehr ArbeiterInnen als Gäste sind, und "Nein" zu den AsylbewerberInnen, deren ökonomische Vernutzung wenig Profit verspricht.

Wie hat der oberste Moralapostel der Republik den Nazis ins Stammbuch geschrieben: "Wer vorgibt im Namen Deutschlands zur Gewalt zu greifen, vergreift sich im Namen der Nation. (...) Deutschland ist un-

ser Land, das uns am Herzen liegt - und nicht den Schreihälsen"⁵. Den Nazis vorzuwerfen, daß sie dem Land schaden, dem sie nützen wollen - das wird sie treffen.

Zudem müssen da mal klipp und klar die Zuständigkeiten geklärt werden: Für Außenhandelsbilanzen, Investitionsraten und Imagefragen ist und bleibt die Bundesregierung kompetenter als irgendwelche jugendlichen Glatzköpfe. Und darum ist jetzt Fremdenfreundlichkeit, "Fairständnis" angesagt. Für die Zukunft: AusländerInnen sind zwar seltsam und anders, sollen deswegen - mit Rücksicht auf das Ausland - aber nicht umgebracht werden. Mehr will CDUSPDFDP gar nicht an den Nazis kritisiert haben.

EXKURS

Volk und Vaterland

"Die Deutschen sind heute kaum noch ein 'Volk', sondern nur mehr eine 'Gesellschaft' (...)". (Deutsche Stimme, Mai '85). Da machen sich die Volksgenossen von der NPD ernsthafte (aber leider unbegründete) Sorgen. Wissen sie doch: Ein Volk ohne "Volksbewußtsein" ist gar keins, denn nur wenn sich eine größere Gruppe von Menschen einbildet ein Volk zu sein, gibt es ein solches. Denn es handelt sich bei den Begriffen "Volk"/"Nation" um Ideologien, die in der Wirklichkeit keine Entsprechung haben.

Was ist ein Volk? Damit kann nicht die Bevölkerung eines Staatsgebietes gemeint sein, zählen doch weder die EinwandererInnen, noch die AsylbewerberInnen zum deutschen Volk. Zum Begriff "Volk" gehört die feste Überzeugung, daß die Untertanen einer Staatsgewalt mehr eint, als der jeweilige Wohnort und Paß. Nazis glauben, daß mit dem Blut (heute der DNS) bestimmte Eigenschaften vererbt werden, die dann zusammen den Nationalcharakter

bilden und das Wesen des Volkes ausmachen.

Diesen wissenschaftlich unhaltbaren Quatsch glaubt ein moderner aufgeklärter Mensch natürlich nicht. Vom "Volk" verabschieden sich gute StaatsbürgerInnen trotzdem nicht, haben aber Definitionsschwierigkeiten. Was eint es, wenn es nicht das Blut/ die Erbmasse ist? Die Sprache kann es nicht sein, sonst gäbe es z.B. kein belgisches Volk und die ÖsterreicherInnen und der Großteil der SchweizerInnen wären Deutsche. Auch die Kultur kann es nicht sein: Die Goethe rezitierende Grüne soll ja ebenso wie der "Böhze Onkelz" gröhlende Skinhead, die Ostfriesin genau so wie der Oberbayer "deutsch" sein. Auch Religion, Tugend, Staatsangehörigkeit, Haarfarbe, Intellekt oder Reichtum sind untauglich, um aus den vielen Einzelwesen ein "Volk" zusammenzumantschen.

Das ist schwierig: Denn ohne Volk kein Vaterland, keine "nationale Solidarität" und auch kein "nationales Interesse", um dessentwillen sich mann im Krieg gegenseitig abmurksen könnte. Darum gehört zur notwendigen geistigen Ausstattung der guten StaatsbürgerInnen "Nationalismus" bzw. "Patriotismus" auf jeden Fall dazu. Und zwar um so heftiger, je weniger klar ist, was "Volk" denn nun sein soll. "Volk" ist eine rassistische Kategorie, die von guten DemokratInnen um ihre rassistische Begründung gebracht worden ist. Gleichwohl ist die rassistische Sortierung nach In- und AusländerInnen, nämlich "Volk" und "Fremden", für jeden Staat abgemachte Sache.

DAS IST KEIN ABLENKUNGSMANÖVER...

Nun haben linke Sozis, Grüne und andere längst entdeckt, was dahinter steckt: Ein Ablenkungsmanöver ist das Ganze. Denn durch die Hetze fällt gar nicht weiter auf, daß es in der BRD 10 Mio. Arme gibt, daß die Bundesregierung die Bahn kaputt macht, Demokratie- und Sozialabbau betreibt etc. Durch die sog. "Asylfrage" werden die Opfer des kapitalistischen Normalbetriebs davon abgehalten, sich um die wirklich Schuldigen an der Misere zu kümmern.

Das ist nicht völlig falsch: Die inszenierten Kampagnen und der Zeitpunkt dieser Kampagnen (1986 vor der Bundestagswahl, 1990 vor der Bundestagswahl und während der ersten Massenentlassungen) geben der Theorie wohl recht.

Aber erklärt das, warum sich die Herrschenden gerade die AusländerInnen als "Sündenböcke" aussuchen und mit diesem Trick auch noch verfangen?

Richtig ist, daß das Ablenkungsmanöver die Funktion des Rassismus ist, keineswegs aber die Ursache.

...SONDERN STAATLICHER RASSISMUS...

Die BRD ist ein rassistischer Staat. Das Grundgesetz definiert den Deutschen durch Abstammung. Deutlicher gesagt: Nur der Boden allein macht die Sache nicht, es reicht nicht in Deutschland geboren worden zu sein, nein das Blut muß auch stimmen. Art. 116 GG und das Reichs- und Staatsbürgergesetz von 1913 regeln das klipp und klar. Und darum ist Ayse, die hier geboren ist, eine Türkin, während Wladimir, dessen Großmutter Wolgadeutsche war, Deutscher ist, egal welche Staatsbürgerschaft er hat.

Das heißt in der Bundesrepublik gilt immer noch das jus sanguinis das Blutrecht, während in den USA oder Mexiko jeder, der dort geboren worden ist, die Staatsbürgerschaft erhält (jus soli - Bodenrecht). Leider wollen sich jetzt die Rechten in Frankreich an der BRD ein schlechtes Beispiel nehmen.

"(...) ich muß nochmals darauf hinweisen, daß einer der wichtigsten Punkte für uns, der durch dieses Gesetz hätte geregelt werden müssen, eine Revision der alten (...) Bestimmung gewesen wäre, die heute dahin geht, daß lediglich das jus sanguinis, d.h. die Abstammungstheorie entscheidend ist für die Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche. Ich habe bereits drauf hingewiesen, daß nahezu alle Kulturstaaten sich mehr oder weniger auf den Boden jus soli gestellt (...) haben (...)."

Abg. Dr. Blunck (FVP) im Deutschen Reichstag bei der Debatte über das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz, 169.Sitzung 25.6.1913

Übrigens galt dieses Gesetz mit einigen Änderungen auch im III. Reich.

Doch nicht nur dran läßt sich der Rassismus erkennen: Von Sammellagern über Essensgutscheine bis zur Aufhebung von Grundrechten (dürfen sich nicht frei bewegen, können gegen ihren Willen medizinisch untersucht werden, können Arbeitsverbote für bestimmte Branchen und Regionen kriegen), immer und immer wieder wird den Leuten klar gemacht, daß AsylbewerberInnen nur Menschen zweiter Klasse sind. Daß sie eine Belastung für die Nachbarschaft sind, ist mittlerweile höchststrichterlich festgestellt. Und wenn sich ein Asylbewerber vorbeibenimmt, dann kommt strafverschärfend dazu, daß er damit die AusländerInnenfeindlichkeit anheizt (s. Urteil in

Bremen im März '93). Gebt ihnen Saures.

Daß die AusländerInnen in der BRD zwar alle Pflichten haben, aber nicht mal die wenigen Rechte, die der Staat den Ur-einwohnerInnen zugesteht, versteht sich von selbst. Und die letzte Entscheidung der Bundesregierung, daß freie Stellen zu allererst an Deutsche vermittelt werden sollen, ist nicht unbedingt das dickste Kompliment an den freiesten Staat, den es je auf deutschen Boden gegeben haben soll.

Schulbücher, Zeitungen, Filme, Witze, Fernseh-Shows - so schwer ist es wirklich nicht, Rassismus in der BRD als "normales" Bewußtsein nachzuweisen. Schwieriger ist es, etwas dagegen zu tun.

EIN STAAT MACHT MOBIL, ...

Nun ist der berühmte Asylkompromiß nur das Häubchen saurer Sahne auf dem ganzen kalten Kaffee. Die BRD mutiert zum autoritären Notstandsstaat. Nicht, daß hier vorher - wie immer behauptet - Freiheit, Demokratie, Rechtstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit besonders toll verwirklicht worden wären. Aber besser als nix. Der große Lauschangriff, der in Zukunft gar keine Schranken beim Schnüffeln im Privatleben der BürgerInnen aufbaut. Das neue Fingerabdruck-Identifizierungs-System AFIS, das erst mal bei den AsylbewerberInnen getestet wird. Der neue Sozialversicherungsausweis, mit dem verhindert werden soll, daß jemand seine jämmerlichen Verdienste aufbessert, ohne Steuern abzuführen. Der Versuch, eine Auskunftspflicht auch für Nachbarn und Bekannte von Sozialhilfe-EmpfängerInnen einzuführen. Der berühmt-berüchtigte „Solidarpakt“, bei dem wieder die Klein- und MittelverdienerInnen bluten dürfen, während

gleichzeitig der Steuersatz für SpitzenverdienerInnen gesenkt wird.

Im Bildungswesen wird gekürzt und gespart (5 Stunden für Leistungskurse in der Oberstufe, 12 Schuljahre). Und an die Uni soll in Zukunft auch nicht mehr jede/r kommen (Studiengebühren, Maßnahmen gegen LangzeitstudentInnen, verschleppte BaFÖG-Anpassungen). Die Auslese wird schärfer.

Mit zwei Nazis macht die Bundesregierung den Probelauf, Grundrechte abzuerkennen. Das heißt die Betreffenden dürfen sich nicht mehr äußern, nicht mehr öffentlich auftreten, nicht mehr wählen etc. Wer das den Beiden gönnt, muß sich allerdings zwei Fragen stellen lassen 1.) Sind Grundrechte nur staatlichen Gnadengaben für Wohlverhalten oder unveräußerliche Menschenrechte? 2.) Wer glaubt eigentlich, daß die Bundesregierung es mit den Beiden bewenden lassen wird? Wann wird das gleiche mit Linken passieren?

Die Richtung ist deutlich: Seit der Staatssozialismus im Arsch ist, gibt es kein Halten mehr beim Abbau des Sozialstaats. Für den Fall, daß das größere Unzufriedenheit gibt, ist dieser Staat dank Notstandsgesetzen und einem Apparat, von dem die Gestapo nur träumen konnte, gut vorbereitet. Das muß er auch.

...DENN HEUTE GEHÖRT UNS EUROPA...

Wenn erst der EG-Binnenmarkt seine Segnungen in der BRD verbreitet (vom verwässerten Umweltgesetz bis zur synthetischen Milch), wird das noch einmal notwendiger. Da vielleicht nicht alle BürgerInnen begreifen, daß Deutschland gerade durch sein Aufgehen in Europa von der Großmacht zur Supermacht wird, muß mensch sich

sichern. Noch mehr natürlich gegen die, denen aufgefallen ist, daß das Florieren des doitschen Kapitals und viel nationales Trara für die meisten LohnsklavInnen gar keine positiven Folgen hat, und die daraus politische Konsequenzen ziehen wollen. Das Europa des Kapitals verspricht ein recht unruhiges Staatsgebilde zu werden. Die USA machen es vor.

...UND MORGEN DIE GANZE WELT

Eine richtige Supermacht braucht Ruhe im Innern, damit sie Ruhe im Rest der Welt schaffen kann. Angesichts dessen, was der Kapitalismus in Afrika, Asien und Südamerika so anrichtet, wird das immer wichtiger. Um die Ausbeutung der dortigen Bevölkerung und Bodenschätze zu sichern. Und um die Leute, die nicht mal als Arbeitskräfte gebraucht werden darauf hinzuweisen, daß sie - bitte schön - ohne größeren Protest zu verhungern haben. Am Ende kommen die noch auf die Idee, sich ihren Anteil am Reichtum dieser Welt mit Gewalt zurückzuholen. Dagegen brauchen "wir" die Bundeswehr. Mit oder ohne Blauhelm.

Und falls das faule Pack sich am Regenwald vergreift, brauchen wir Grünhelme. Nachher müssen wir ersticken, nur weil die da nix zu beißen haben. So weit kommt's noch!

Rassismus ist eine bitter notwendige Innenausstattung eines imperialistischen Staates. Denn nur wenn der demokratische Staatsbürger nebst Gattin der Meinung ist, daß die "Kanacken" da unten wieder nix auf die Reihe kriegen, und darum zum eigenen Nutz und Frommen die ordnende Hand Deutsch-Europas brauchen, geht der Deal klar.

Und wie nennt sich das: "Fluchtursachen beseitigen". Wozu brauchen wir dann noch ein Asylrecht?

NACHTRAG

Solingen: Nationalistische Trauerarbeit als demokratische Imagepflege

Na sowas! Diese Nazis sind nicht etwa dem deutschen Bundestag dankbar, daß er das "Flüchtlingsproblem" beseitigt hat, sondern morden ohne Rücksicht auf Image, Wirtschaftswachstum und andere Sachen, die der Bundesregierung und der demokratischen Presse wichtig sind (jedenfalls wichtiger als Menschenleben, liest mensch sich einmal für die Begründungen für die Besorgnis und Betroffenheit durch. Fünf Morde scheinen für Aufregung nicht auszureichen - aber wie "wir" jetzt wieder vor dem Ausland da stehen!). Und Riots der türkischen Minderheit sind echt das letzte, was der "Industriestandort Deutschland" momentan gebrauchen kann! Also Trauer und Betroffenheit, shake hands mit den Offiziellen der türkischen Regierung (die sich nicht immer so um das Wohlergehen ihrer Untertanen sorgt, wie jetzt in Solingen - sind es z.B. KurdInnen läßt sie ihnen auch mal die Dörfer platt walzen) und Erschütterung, daß gerade die nützlichen AusländerInnen umgebracht werden. Und als Zuckerchen gibt's die doppelte StaatsbürgerInnenschaft. Allen Menschen, die in diesem Land leben, die paar Rechte zu geben, die die Urbevölkerung hat, hieße in der Trauer zu weit gehen: Für die braven TürkInnen gibt es jetzt die Gnade, BürgerInnen eben jenes Staates zu werden, der sie als Nicht-BürgerInnen wie den letzten Dreck behandelt (hat). Wie schön! Und wer keinen deutschen Paß hat und nicht gerade aus dem westlichen Ausland stammt, steht weiterhin unter einem Sonderrecht. Gegen die Nazis gibts ab jetzt volle Breitseite. Das unter dem Deckmantel der "Bekämpfung des Rechtsextremismus" simple

rechtsstaatliche Prinzipien
hops gehen, interessiert
keinen. Sind sich doch alle
anständigen Deutschen einig,
daß der Staat hier Härte zeigen
muß. Ob dieser Staat die feinen
Instrumente und Gesetze, die
polizeilicher Willkür Tür und
Tor öffnen, brav wieder in den
Safe liegt, wenn die Nazis
endlich Ruhe geben - darauf
würden wir freilich keine Wette
eingehen.

-
- 1 BKA-Präsident Zechert, zit.n SZ v.19.4.'93, S.4
2 1949: DRP, DP / 1953: DRP,DP, BHE
3 "Wir sollten wieder einen Führer haben", SINUS-
Studie, Rowohlt 1981, S.78
4 Zentrale Anlaufstelle, der nettere Ausdruck für
"Lager"
5 Richard v. Weizsäckers Rede in Berlin,
8.11.1992, zit. n. Huisken: Nichts als Nationalismus, S.184
ff.